

Krakauer Zeitung.

Nr. 268.

Donnerstag den 23. November

1865.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr.

Viedaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierseitige Petitszette 5 Mr., im Anzeigeband für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 20 Mr. — Interat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 4738/præs.

Bei der am gestrigen Tage im Wahlbezirk der Stadt Krakau in den 4 Wahlsectionen vorgenommenen Wahl eines Landtags-Abgeordneten wurde Dr. Michael Koczyński, gewesener Professor an der Jagiellonischen Universität in Krakau und nunmehr Landesadvocat in Krakau mit absoluter Stimmenmehrheit an die Stelle des Grafen Skorupka zum Landtagsabgeordneten für die Stadt Krakau in den galizischen Landtag gewählt.

Die Gesamtzahl der verzeichneten Gemeindebürger beträgt 2565 Personen, folglich deren wahlberechtigte zwei Drittheile 1710, welchen 913 wahlberechtigte Gemeindeangehörige angereicht wurden, so daß die Zahl der überhaupt wahlberechtigten Gemeindeglieder 2623 Individuen beträgt.

Von den 2623 ausgestellten Legitimationskarten konnten 117 aus dem Grunde nicht zugestellt werden, weil der Wohnort dieser 117 Wahlberechtigten den Magistratsorganen nicht bekannt war, und solche sich auch später ungeachtet der Kundmachung des Magistrats vom 20. November 1865 um die Behebung dieser Legitimationskarten beim Magistrate und in den Wahllocalitäten nicht gemeldet haben.

392 Parteien wurden die Legitimationskarten aus dem Grunde vorenthalten, weil dieselben ihrer Steuerpflicht nicht nachgekommen sind.

Werden diese und die obigen 117 Wahlberechtigten, somit zusammen 509 von der Gesamtzahl 2623 abgerechnet, so verbleiben 2114 Wahlberechtigte, von welchen 1222 ihre Stimmen abgegeben haben, hingegen 892 sich der Abstimmung enthielten.

Von den abgegebenen Stimmen erhielt:

Herrn Dr. Michael Koczyński	859
Ludwig Helsel	361
Dr. Joseph Majer	1
Dr. Maximilian Machalski	1

Vom Präsidium der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, den 23. November 1865.

Merkl.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den Statthaltereirath in Innsbruck Johann Sartori als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates mit dem Prädicate „von Monte Croce“ allernächst zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 16. November d. J. dem Ministerialsekretär im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft Carl Kaufal von der Stelle eines Landeshauptmannes im Herzogthume Oberschlesien unter Anerkennung seiner diesfalls geleisteten erprobten Dienste in Gnaden zu entheben und zum Landeshauptmann dieses Herzogthums den Landtagsabgeordneten Amand Grafen Kyuenburg allernächst zu erneuen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 11. November d. J. dem Ministerialsekretär im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft Carl Kaufal in Anerkennung seiner langjährigen eifriger Dienstleistung tarfrei den Titel und Charakter eines Sectionsrathes allernächst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 7. November d. J. den Hofconciipet der königlich-croatisch-slavonischen Hofkanzlei Živo Bušović zum wirklichen Director des Obergymnasiums in Eßek allernächst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den jubilirten Ministerialrath Augustin Schöbl als Ritter des Leopold-Ordens den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allernächst zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. November d. J. den f. k. Kammerer Dr. juris Edvard Dellachich de Buzim zum Hofrathe und Referenten der königlich-croatisch-slavonischen Hofkanzlei mit der gleichzeitigen Eigenschaft als Stellvertreter des Hofkanzlers allernächst zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. November d. J. dem pensionirten General-Taxamtsadjutanten in Venedig Luigi Venati in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und erproblichen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allernächst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. November d. J. allernächst angeordnet, geacht, daß der Militärbaudeus-Commandant zu Karlsbad Titular-Oberlieutenant Heinrich Pfrenger, des Armeestandes, unter Bezeugung der Allerhöchsten Zustimmung mit seiner langen und guten Dienstleistung in den Ritterstand übernommen werde.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 5. November d. J. den provisorischen Director des Gymnasiums zu Novigo Dr. Leopold Malipiero zum wirklichen Director dieser Ansalt allernächst zu ernennen geruht.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit dem Handelsministerium den Gemeinden des Bezirks Mauthausen in Österreich die Errichtung einer Sparcafe in Mauthausen gestattet und die Statuten dieser Ansalt genehmigt.

Der Staatsminister hat über Vorschlag des betreffenden bischöflichen Ordinariates den supplirenden Religionslehrer am Gymnasium zu Neufandee Franz Fox zum wirklichen Religionslehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

Auf Grund der Allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 wird am 1. December d. J. um 10 Uhr Vormittags in dem für die Verlosung bestimmten Locale im Bonchause — Singerstraße — die 430. und 431 Verlosung der alten Staatschuld vorgenommen werden.

Unmittelbar hierauf wird die 8. Verlosung der Serien und Gewinnnummern des Prämienanlehens vom Jahre 1864 stattfinden.

Bon der k. k. Direction der Staatschule.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 23. November.

Das Schicksal des mittelstaatlichen Antrags in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit bestätigt unsere früher ausgeprochene Vermuthung, sagt der Frankfurter Corr. der „Köl. Ztg.“, daß derselbe die Mehrheit nicht erhalten würde; denn in der beschloßenen Verweisung an den Ausschuß mit 8 Stimmen (Euremberg enthielt sich) ist zugleich der Würfel über den Antrag selbst gefallen, ganz abgesehen von der nachfolgenden Erklärung der drei Antragsteller, unter diesen Umständen fürs Erste auf eine weitere Verfolgung der Sache am Bunde verzichten zu wollen. Dieser Punkt ist offenbar der wichtigste, indem damit nun auch ausdrücklich den realen Verhältnissen Rechnung getragen wird. So könnte man sagen, daß die Bündestagsitzung vom 19. d. die erste gemesen ist, in welcher wohl oder übel, gern oder ungern, die Macht der Thatsachen auch äußerlich ihren Ausdruck gefunden hat.

Der Berliner „Publicist“ erblickt in der Erklärung der mittelstaatlichen Regierungen in der letzten Bündestagsitzung: sie würden sich künftig in Dingen, die sie nicht ändern können, auf Verwahrungen beschränken, die formelle Abdankung des Bundes-tages und den Anfang vom Ende der deutschen Kleinstaaterei.

Nach den jetzt vorliegenden genaueren Angaben des Stimmenverhältnisses bei der letzten Abstimmung am Bunde über den Tripelantrag stimmten mit Oesterreich und Preußen: Württemberg, Hannover, Hessen, Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt und die freien Städte; doch war Hamburg innerhalb der 17. Curie dagegen. Für den mittelstaatlichen Antrag stimmten Baden, Braunschweig, Nassau, die sächsischen Herzogthümer und die Curie, welche die beiden Lippe, Neuß u. c. umfaßt.

Anlangend das Zeitungsverbot des preußischen Commissärs in Schleswig erfährt das „Fremdbl.“, daß Baron Gablenz diesem Beispiel nicht folgen wird, wenigstens sicherlich insolange nicht, als nicht die holsteinischen Zeitungen geradezu Ungezügliches drucken.

Wie aus Holstein geschrieben wird, beläuft sich die Verminderung durch die von der österreichischen Regierung beschlossene Herabsetzung der Unterhaltskosten der Truppen auf eine Summe von jährlichen 60- bis 70,000 Thaler.

Der „Hamburger Correspondent“ dementirt die Meldung der „Leipziger Zeitung“, daß preußischerseits wieder der Oldenburger vorgeschoben worden sei.

Gelegentlich eines Diners in Sonderburg sagte Freiherr v. Mantuffel, wie ein Telegramm der „Presse“ aus Flensburg, 21. d. meldet: „Preußen klar baut sich hier auf Alsen, wo Preußen Söhne geblutet, einen Horst, von welchem er immer sich vertreiben läßt.“

Wie sich die „Indépendance“ aus Paris schreiben läßt, hat am 18. zwischen Drouyn de Lhuys und dem Fürsten Metternich eine Besprechung stattgefunden und glaubte man, daß die Commissäre der Regierungen Frankreichs und Oesterreichs noch in dieser Woche zusammenentreten werden, um die Basis zu dem Handelsvertrage zwischen beiden Ländern festzustellen.

Die Nachricht, daß der französische Gesandte in Washington seine Pässe verlangt habe, wird, wie das „Fremdbl.“ berichtet, in gutunterrichteten Kreisen bezweifelt, zumal auf telegraphische nach Paris gesetzte Anfragen die Antwort eingelangt, daß man zur Stunde daselbst von einem solchen Schritt nichts wisse.

Wohl aber betrachtet man, wie aus Nachrichten, die auf außerordentlichem Wege nach Wien gelangt sind, hervorgeht, das Verhältniß Frankreichs zu der Regierung der Vereinigten Staaten als ein so gespanntes, daß es wenn Kaiser Napoleon nicht, wie man erwartet, die Zurückziehung der Truppen aus Mexico ankündigen sollte, zum unvermeidlichen Bruch kommen müsse. Von zuverlässiger Seite wird dagegen die Lage des Kaiserreichs als sehr günstig geschilbert und versichert, daß Mexico, wenn die Franzosen

abziehen sollten, von dem Norden nichts zu fürchten habe.

In der Thronrede Victor Emanuel's bemerkt man in Paris, der „Pr.“ zufolge, namentlich den Schlüsselpassus, welcher wol mit Recht als ein dem kurzirenden Abdankungs-Gericht gegebenes Dementi aufgefaßt wird.

Einem Brüsseler Blatte zufolge hatte die Ausarbeitung der Thronrede einen längeren Depeschenwechsel zwischen Paris und Florenz hervorgerufen. Die französische Regierung verlangte eine ausgesprochene Verzichtleistung auf Rom. General Lamarmore wollte aber die Verantwortlichkeit hiefür nicht übernehmen. Victor Emanuel soll der Ansicht gewesen sein, man müsse sich dem Verlangen des Tuilerien-Cabinets fügen und zwar um so mehr, als er Spanien gegenüber die Verpflichtung übernommen habe, jeder Absicht auf Rom förmlich zu entgegen und auch die Bestimmung des Parlaments dafür zu erlangen. Der Wortlaut der (bereits in erschöpfendem Telegraphischen Auszuge mitgetheilten) Rede zeigt übrigens, daß der König sich doch der Ansicht seiner Minister angeschlossen hat.

„La France“ spricht sich über die Gerichte von einer bevorstehenden Reduction der Armee des Königs Victor Emanuel dahin aus, daß die Florentiner Regierung unmöglich länger ein mit den Einkünften des Staates außer allem Verhältniß stehendes Militärcontingent erhalten könne, falls sie die Bahn der Ersparnisse ernstlich zu betreten gedenke. Daselbe Blatt sagt bezüglich der neuen italienischen Parlamentswahlen, daß das gemäßigte Element durch sie erregte und so bedauerlich auch hic und da das Nebencremen der Schranken der Ordnung sein mag, es zeigt wenigstens, daß man entschlossen, sich an der Entwicklung der Dinge, wie sie uns bevorsteht, nach Kräften zu befreiten, und daß man nicht apathisch zusehen will, was der nächste Tag bringt, um dann über das Verlorne zu jammern und zu klagen. Hier kommt es nun der neuen Regierung vor Allem zu statuen, daß man ihr, wenn auch nicht von allen Seiten, doch von der Majorität mit Vertrauen entgegentritt. Man bietet ihr damit eine Stütze an, die weit über jene Macht hinausreicht, welche Tausende von Raporten, welche Belagerungszustand und Ausnahmestände gewähren; man erleichtert derselben ihr Wirken in unverhinderbarer Weise. Daß der Führer der Ruthenen, Bischof Bitwinowicz, ebenfalls für Goluchowski gestimmt, zeigt, daß die Kluft zwischen diesen beiden Parteien keine so unübersteigliche und daß Verdächtigungen, wie sie der „russische Invalid“ gerade jetzt der Königin Isabella, wird gesagt, sei noch, daß die antidygnistische Bewegung, welche unleugbar vorhanden sei, als eigentlich zielloos sich darstelle. Die Parteien der Opposition hätten offenbar keine klare Vorstellung darüber, was dem Umsturz, auf den sie offen hinarbeiten, folgen solle. Einzelne Parteiführer hätten wohl ein Programm, aber es sei sehr zweifelhaft, ob dies die Massen und namentlich das Militär für sie haben werde, so bald es sich enthüllte.

Nachrichten aus Spanien, welche nach der Verabschiedung der „Schl. Ztg.“ von ganz zuverlässiger Seite herühren, schildern die gegenwärtige Lage dieses Landes als bedenklich. Eine Katastrophe wird in Aussicht gestellt. Die einzige Chance für den Thron der Königin Isabella, wird gesagt, sei noch, daß die antidygnistische Bewegung, welche unleugbar vorhanden sei, als eigentlich zielloos sich darstelle. Die Parteien der Opposition hätten offenbar keine klare Vorstellung darüber, was dem Umsturz, auf den sie offen hinarbeiten, folgen solle. Einzelne Parteiführer hätten wohl ein Programm, aber es sei sehr zweifelhaft, ob dies die Massen und namentlich das Militär für sie haben werde, so bald es sich enthüllte.

Der amerikanische Consul in Liverpool, Herr Dudley, hat den Capitän Freeman beauftragt, den „Shenandoah“ nach Newyork zu bringen. Am 21. d. sollte das Schiff den Mersey verlassen. Wo Capitän Waddell und die übrigen Offiziere des weiland südstaatlichen Kaperschiffes sich befinden, weiß man nicht, vermutlich haben sie sich auf den Continent begeben. (Der „Shenandoah“-Fall bildet neben der „Alabama“-Frage den Hauptdifferenzpunkt zwischen England und Amerika.)

„Daily News“ schreibt im gestern erwähnten Artikel u. a.: Die Nachrichten aus Jamaika verdienen die höchste Aufmerksamkeit jedes Engländer, dem die Ehre seines Landes lieb ist. Gewichtiger und peinlichere Neuigkeiten haben wir noch nie zu veröffentlichen gehabt. Da die Behörden ihrem Urtheil Respect erzwingen wollten, wurde der Widerstand stärker. Als er einmal begonnen hatte, nahmen Charaktere aller Klassen daran Theil. . . . Die Rebellion ist unterdrückt. Wie viele Personen von der Hand der Insurgents gefallen sind, können wir nicht genau ermitteln. Die höchste von der Colonialpresse angegebene Zahl ist vierzig. Wenn man sie traf, waren sie die Waffen weg die sie etwa hatten und flohen oder kamen den Truppen mit der Bitte um Schutz und Erbarmen entgegen. Die Berichte über das Verfahren gegen die Neger müssen jedoch die englische Nation mit Entsezen erfüllen. Oberst Hobbs stöhnt auf ein Trupp Constabler, der 11 verdächtige Neger gefangen hat, weiß nicht, was er mit ihnen machen soll, und läßt sie daher kurzweg aufhängen. „Vermeintliche“ Neger, denen nichts bewiesen werden kann, erhalten

flotte Hiebe mit der neunschwänzigen Rute ad libitum, und einer, der nach dem 47. Kapengruß den Prosothen unfreundlich anblickt, wird dafür geschwind aufgeknüpft. Die Maronen, die vor 40 Jahren noch den Pflanzern als Sklavenfänger dienten, werden gegen die schwarze Bevölkerung losgelassen und zu summa-

rischer Sultiz aufgemuntert. Den Kriegstand den Geiste der Artikel von 1848 hat noch nie ein Würdenträger in irgend einem Lande der Welt eingenummen, ja es gibt kein Reich, welches ein mit solchen

Befugnissen ausgerüsteter Privatmensch vertritt, mag er, seiner Geburt nach wie hoch immer erhaben sein über dem Kreise gewöhnlicher Sterblichen. Ein Würdenträger, ausgerüstet mit dem Prerogative der Unvergleichlichkeit, welche allein dem Könige gebührt. Ein Würdenträger, mit dem Majestätsrechte der vollziehenden Gewalt in seiner Hand. Ein Würdenträger mit dem Befugniß, den Präsidenten des Ministeriums zu ernennen!

Was ist er anders als ein Monarch ohne den Titel Souverän? Es wäre wirklich interessant zu erfahren, wie man sich denn die Regierung der Monarchie denken mag, wenn der König während seiner Anwesenheit in Ungarn die vollziehende Gewalt nach

diese Blutthaten desavouirt werden, daß eine bestimmten Grundzägen ausübt und dann, wenn er rücksichtslose Untersuchung angestellt werde, und daß das Land verläßt, ganz bescheiden diesen Theil der

man die Männer, die den Abscheu der civilisierten Welt auf uns laden, aus dem Dienst entläßt, wenn man sie nicht anders bestrafen kann.

Über die für Galizien soeben ertheilte Amnestie sagt der „Wanderer“: Daß damit einem Wunsche willfahrt werde, der im ganzen Lande seit lange genährt worden, können unsere Leser nach all' den Correspondenzen, wie sie uns aus allen Theilen Galiziens zugekommen, beurtheilen. Die Gabe, die den Galizianern mit der Amnestie geworden, wird mit Dank aufgenommen werden, und dazu beitragen, das Terrain für die Regierung noch günstiger zu gestalten als dies bisher der Fall war. Die jüngsten Wahlen in Galizien haben gezeigt, daß das Ministerium viel des Tactes, der Klugheit und Feigheit bedarf, um die Klippen glücklich zu umschiffen, die frühere Regierungssünden dort geschaffen. Die Stimmung ist von allen Seiten eine erregte und so bedauerlich auch hic und da das Nebencremen der Schranken der Ordnung sein mag, es zeigt wenigstens, daß man entschlossen, sich an der Entwicklung der Dinge, wie sie uns bevorsteht, nach Kräften zu befreien, und daß man nicht apathisch zusehen will, was der nächste Tag bringt, um dann über das Verlorne zu jammern und zu klagen. Hier kommt es nun der neuen Regierung vor Allem zu statuen, daß man ihr, wenn auch nicht von allen Seiten, doch von der Majorität mit Vertrauen entgegentritt. Man bietet ihr damit eine Stütze an, die weit über jene Macht hinausreicht, welche Tausende von Raporten, welche Belagerungszustand und Ausnahmestände gewähren; man erleichtert derselben ihr Wirken in unverhinderbarer Weise.

„P. Napo“ resumirt den Inhalt des Artikels der „Wiener Abendpost“ mit den Worten: Die Regierung sage damit eigentlich, daß der Reichsrath nicht mehr in der Gestalt einberufen wird, in welcher er bisher bestanden hat.

Die „Vorstadt-Zeitung“ erörtert die staatsrechtliche Frage der Stellung des Palatins: Eine staatsrechtliche Stellung, wie die des Palatins nach dem Geiste der Artikel von 1848 hat noch nie ein Würdenträger in irgend einem Lande der Welt eingenummen, ja es gibt kein Reich, welches ein mit solchen Befugnissen ausgerüsteter Privatmensch vertritt, mag er, seiner Geburt nach wie hoch immer erhaben sein über dem Kreise gewöhnlicher Sterblichen. Ein Würdenträger, ausgerüstet mit dem Prerogative der Unvergleichlichkeit, welche allein dem Könige gebührt. Ein Würdenträger, mit dem Majestätsrechte der vollziehenden Gewalt in seiner Hand. Ein Würdenträger mit dem Befugniß, den Präsidenten des Ministeriums zu ernennen! Was ist er anders als ein Monarch ohne den Titel Souverän? Es wäre wirklich interessant zu erfahren, wie man sich denn die Regierung der Monarchie denken mag, wenn der König während seiner Anwesenheit in Ungarn die vollziehende Gewalt nach

diese Blutthaten desavouirt werden, daß eine bestimmten Grundzägen ausübt und dann, wenn er rücksichtslose Untersuch

Prärogative gezwungen ist an einen Beamten zu übergeben, so zu übergeben, daß er gewisse Fälle ausgenommen, sich nur durch fromme Wünsche an der Regierung seines Reiches befreiend darf. Wenn aber — und ein solcher Fall ist ja doch nicht ausgeschlossen aus dem Bereich des Möglichen — ein so mächtiger Staatsbürger als Nebenkönig einmal seine Gewalt missbrauchen sollte, was dann! Der unverantwortliche Monarch in Wien, der unverantwortliche Beamte in Pest, einer dem andern feindlich gegenüber. Wir schmiedeln uns, daß diese kurze Darstellung, was das Wort Palatin bedeutet, hinreichen wird, die Politiker aufzuklären darüber, daß von einer Wahl des Palatins, ja von einer Regelung der staatsrechtlichen Beziehungen Ungarns zur Krone und den deutschslavischen Erbländern keine Rede sein könne, bis nicht der III. Gesetzartikel von 1848 über das verantwortliche Ministerium revidirt sein wird.

"Pester Lloyd" beschäftigt sich mit der hohen Bedeutung des nächsten ungarischen Landtages. Abgesehen davon, sagt das genannte Blatt im Verlauf des Artikels, daß wir uns nicht genug beeilen können, um wieder in den Besitz einer geregelten konstitutionellen Regierungsform zu gelangen, muß man auch zugeben, daß die äußeren Verhältnisse die Entwicklung des Ausgleiches ungemein begünstigen. Wir haben den Vortheil, daß die Wahrheit endlich zur vollen Geltung gelangt ist, daß die, die realen Verhältnisse umkleidenden Trugbilder vernichtet sind, welche die Anerkennung unserer Rechte verhinderten. Man ist in den maßgebenden Kreisen Wiens zur vollen Überzeugung gelangt, daß die ungarische Frage weder durch absolutistische Gewalt, noch durch constitutionelle Fictionen gelöst werden könne, daß es hierzu nur ein Mittel gebe, "die freie Vereinbarung mit dem Reichstage." In mannigfachen Kundgebungen hat die Regierung die Erwartungen ausgedrückt, welche sie auf Ungarn setzt. Da es war mit die Hoffnung auf den Ausgleich und der Glaube an die Möglichkeit desselben, wodurch der Systemwechsel herbeigeführt wurde. Wer also ein Verständniß der Zeit besitzt, der wird gegenwärtig zum Ausgleiche ratzen müssen. Die Wahlen sollen manifestieren, daß Ungarn die erhabene Mission begriffen hat, welche ihm zugeschlagen ist, daß es die Notwendigkeit des Ausgleiches einfiebt und daß es entschlossen ist, das Seinige zu thun, um ihn durchzuführen. Es ist von hohem Werthe, daß die Nation Alles thue, um ihre versöhnliche Stimmung zu offenbaren und der Welt zu zeigen, daß die Schuld eines Scheiterns der Verhandlungen nicht uns treffen kann. Wenn die Partei des Ausgleiches stark aus den Wahlen hervorgeht, so entwaffnen wir damit am besten unsere centralistischen Gegner; wir verhindern die Wiederkehr absolutistischer Uebergänge. Möge nicht die dantbare Geschichte von den diesmaligen Wahlen sagen können: vox populi, vox dei.

"Pesti Hirnöl" veröffentlicht das Abschiedsschreiben des ehemaligen Obergespan des Sarover Comitatus, Grafen Georg Andrássy, an eben dieses Comitat. Es spricht sich in diesem Document die feste Zuversicht des Grafen auf das Zustandekommen des Ausgleiches aus. Der Schreiber begründet diese seine Meinung durch den Satz, daß die Regierung, so wie die Nation weder etwas heilsches noch zugestehen, was mit den tatsächlichen Interessen unvereinbar wäre. Der Graf legt es der ungarischen Nation an's Herz, mit ihren Bestrebungen nicht über die Bedingungen der politischen und nationalen Existenz hinauszugehen und sich vielmehr den Codificationen der Civil-, Handels- und Wechselseitigkeit der gerade in diesen Zweigen weit vorangeschrittenen Nachbarn anzuschließen.

"Hetilap" schreibt: Wenn Croation wider Erwarten das Februarpatent annähme und in die Reihe der übrigen österreichischen Provinzen eintreten wollte, so könnten wir das nicht hindern, doch nimmer als gesetzlich anerkennen, noch dazu einwilligen, bedauernd an Croation eine Stütze zu verlieren. Für die Vertheidigung der Monarchie und sicherer Rechtsprincipien habe Ungarn einen den Ausgleich allein ermöglichen Standpunkt eingenommen und werde denselben auch ferner festhalten.

Die Gröfzung des siebenbürgischen Landtages bezeichnet dem "Wanderer" einen Schritt zur Herstellung geordneter staatsrechtlicher Verhältnisse in den Kronländern jenseit der Leitha. Das f. Rescript, welches im Klausenburger Landtagssaal verlesen wurde, halte sich streng auf gesetzlichem Boden; es stelle die Zusammengesetztheit Ungarns und Siebenbürgens in den Vordergrund, es bezeichne die Feststellung einer neuen, an die 1848 Bechlüsse anknüpfenden Union als "alleinigen und ausschließlichen Gegenstand der Berathung". Das Schicksal Siebenbürgens sei in die Hand der gesetzlichen Vertreter des Landes gelegt und der Landtag, der nun in Thätigkeit trete, umfasse Mandatare aller siebenbürgischen Volksstämme, der Sachsen so gut, als der Romanen und Magyaren.

Unsere gesamte föderalistische Presse, schreibt man der "G.-C." aus Prag, 19. d., eröffnet heute einen journalistischen Feldzug gegen die von der "Debatte" jüngst gebrachten "vermittelnden Ideen", deren erste dem engeren Reichsrathe, dem enftant terrible unserer Nationalen, gewidmet war. Mit seltener Ueber-einstimmung stemmen sich sowohl "Národ", wie "Národní Listy" und "Politik" gegen eine solche Vermittlung, bei welcher, wie die "Politik" offen ausspricht, jedenfalls entweder die Deutschen oder die Slaven in dem engeren Reichsrathe die Betrogenen wären. Wir sind keine Kinder, bemerkt die "Politik" und auch keine Neulinge im österreichischen Völkerleben, wir wollen in der bevorstehenden Ausgleichs-Verhandlung Niemanden hintergehen, lassen uns aber auch nicht durch momentane Vortheile oder Versprechungen von jener Bahn ableiten, die wir als die richtige zur Sicherung unserer materiellen Existenz der "Ostd. Post" zur Darnachachtung, die taub und

blind gegen jede logische Argumentation sich schon auf zur Pflicht, nach seinen Kräften im Sinne dieser Absicht weiter vorzugehen.

Bei der Bedeutung, welche der Presse innerwohnt, bei ihrem innigen Zusammenhang mit der Bevölkerung und bei dem Einflusse, welchen sie auszuüben in der Lage ist, glaube ich mich, als Präsident dieses Comité, vertraulich schwer zu discutiren, und die Kunst des Keifens nicht jedem gegeben. Glücklicherweise stehen sie auch ziemlich vereinzelt da und dürfte es ihnen nicht gelingen, den gesunden Sinn der Bevölkerung zu überläuben.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. November. Se. Majestät der Kaiser sind gestern Vormittag nach 9 Uhr von Wien nach Schönbrunn angekommen und geruheten Privat-Audienzen zu ertheilen. Um 3 Uhr fuhren Allehöchst-dieselben wieder nach Schönbrunn zurück.

In mehreren Blättern wurde gemeldet, daß am 15. d. eine Deputation des souveränen Johanniter-Ordens bei Sr. k. h. dem Herrn Erzherzog Carl Ferdinand Audienz hatte, um Höchstdemselben die Insignien des Großkreuzes dieses Ordens zu überreichen. Die Mittheilung muß infoerne berichtig werden, als jene Deputation, welche aus dem Großprior F. M. Grafen Khevenhüller-Metsch, dem Bailli und Ordensgesandten Franz Grafen Kolowrat und dem Legationsrath und Ordenssekretär Dr. Carl Edlen v. Langer bestand, nicht seiner k. Hoheit dem Herrn Erzherzog Carl Ferdinand, sondern Sr. k. Hoheit dem Herrn Erz. Carl Ludwig die Insignien jenes Großkreuzes zu überreichen die Ehre hatte.

Am 23. November als am Tage der Gröfzung des niederösterreichischen Landtages wird Se. Eminenz der hochwürdigste Herr Cardinal-Fürst-Erzbischof,

so wie bei Beginn der früheren Landtagssessionen,

in der Metropolitankirche zu St. Stephan um 9 Uhr Morgens ein Hochamt abhalten.

Der rumänische Ministerpräsident Herr Crepusko ist von Bukarest hier angekommen.

Marschall Mac Mahon, welcher sich derzeit zu Welehrad in Mähren auf dem Gute des Grafen de Castries befindet, wo große Jagden abgehalten werden, wird nächsten Montag auf der Durchreise nach Paris wieder hier eintreffen.

Der "Grazer Tagespost" wird von hier berichtet: Herr von Schmerling's Unwohlsein — derselbe ist seit acht Tagen erkrankt — ist nicht bedenklich, doch ist er immerhin genötigt, das Zimmer zu hüten und ist in seiner Amtsthetigkeit als Präsident des Obersten Gerichtshofes gehindert.

Einer Mittheilung der "Bohemia" zufolge werde beabsichtigt, daß Handelsministerium um eine ganze Reihe von Abtheilungen zu vermehren. Und zwar soll aus dem Staatsministerium ins Handelsministerium übertragen werden: Das Departement für Gewerbeleben, Gewerbsvereine, Forstgesetzgebung und Straßen- und Wasserbau; aus dem Finanzministerium: die Departements für Forst-Administration und Eisenbahn-Concessionirung. Auch an die Uebergabe des Montanmezens wurde gedacht; doch machte sich dagegen das Bedenken geltend, daß mit dem gänglichen Verkaufe der ärarischen Montan-Entitäten an private dieses Departement ohnehin eine wesentliche Reduktion erfahren, wo nicht ganz aufgelassen werden dürfte.

Der Herr Präsident des Centralcomité für die Pariser Weltausstellung hat sich an die gesammte Tagespresse in Oesterreich wenden und auch ihre Unterstüzung in Anspruch nehmen zu sollen geschehen, welchen er nicht besser zur Kenntniß sämtlicher Redaktionen bringen zu können erachtete, als indem er im behedlichen Wege die Einleitung traf, daß derselbe in den amtlichen Zeitungsbüchern jedes Verwaltungsbereiches aufgenommen werde. Der betreffende Aufruf lautet:

An die Tagespresse in Oesterreich!

Wie verschieden auch die politischen und sonstigen Anschauungen der Tagesblätter sein mögen, in dem einen Gefühle haben sie sich immer begegnet, in jenem der Österreichsliebe. Dieses Gefühl zu erproben, ist wieder eine Gelegenheit geboten. Die Pariser Weltausstellung des Jahres 1867 gewährt allen Nationen den Anlaß, die Produkte ihrer Thätigkeit auf den Gebieten der Kunst, der Industrie und der Landwirtschaft zur allgemeinen Besichtigung zu bringen. Oesterreich kann und darf sich von diesem feindlichen Kampfe nicht zurückziehen, es muß auf den Reichthum hinweisen, den ihm die Natur verliehen, es muß aber auch darthun, welche mächtige Kraft ihm innerwohnt und wie Geschick, Kunst, Gewerbeleib und Bodenreichtum im Fortschreiten begriffen sind und sich zu immer mächtigeren Factoren entfalten. Wem ist jedoch unbekannt, wie gerade eine allzu große Bescheidenheit gar viele unter uns abhält, mit ihren Erzeugnissen an den Tag zu treten, wie dann wieder so manche die Opfer scheuen, die mit der Beschickung verbunden sind, und wie mitunter auch eine große Apathie sich so leicht der Gemüther bemächtigt.

Nun hier ermunternd und belebend einzuwirken, das schwierigste Interesse hervorzuheben, welches sich an die ganze Unternehmung knüpft, die Vortheile zu beleuchten, welche mittelbar oder unmittelbar für die Aussteller erwachsen, und daran zu mahnen, wie es sich hier auch um eine wertvolle Vereintheilung für die bei der Ernennung Sr. kais. Hoheit des durchlauchtigsten Erzherzogs Carl Ludwig zum Protector in Aussicht genommene Weltausstellung in Wien handelt, darf kein Mittel unversucht gelassen werden. Die Regierung hat redlich das ihrige gethan, auf die Wichtigkeit des Augenblicks aufmerksam zu machen und alle Einleitungen getroffen, welche von ihrer Seite den festen Willen verkünden, der Monarchie eine würdige Vertretung zu dienen auch dem Klageweib der Wiener Journalistik, die sich zur Sicherung unserer materiellen Existenz der "Ostd. Post" zur Darnachachtung, die taub und

blind gegen jede logische Argumentation sich schon auf zur Pflicht, nach seinen Kräften im Sinne dieser Absicht weiter vorzugehen.

Bei der Bedeutung, welche der Presse innerwohnt, bei ihrem innigen Zusammenhang mit der Bevölkerung und bei dem Einflusse, welchen sie auszuüben in der Lage ist, glaube ich mich, als Präsident dieses Comité, vertraulich schwer zu discutiren, und die Kunst des Keifens nicht jedem gegeben. Glücklicherweise stehen sie auch ziemlich vereinzelt da und dürfte es ihnen nicht gelingen, den gesunden Sinn der Bevölkerung zu überläuben.

Die k. k. Landwirthschafts-Gesellschaft wird das Programm für die im nächsten Mai im Prater stattfindende Industrie-Ausstellung demnächst veröffentlichen. Nach demselben wird die Ausstellung, welche am 15. Mai eröffnet und am 31. Mai geschlossen wird, 5 Hauptabtheilungen umfassen. Die Einsendungen sind längst bis zum 15. Februar 1866 anzumelden. Mit der Ausstellung ist auch eine Verlosung verbunden.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern in Mariahilf. Die Tochter des Beamten S. arbeitete an ihrer Kleidung zur nahe bevorstehenden Hochzeit, nahm dabei, wie dies oft unvorsichtig zu geschehen pflegt, eine Nähnadel zwischen die Zähne und verschluckte sie. Sie fiel in Ohnmacht. Die zu Tode erschrockenen Eltern sendeten rasch um mehrere Doctoren, allein deren Hilfsmittel vermochten wenig zur Rettung des unglücklichen Mädchens, das nach wenigen Stunden in den Armen ihres Bräutigams starb.

Aus dem Honther Comitate schreibt man dem "P. Napo" über folgenden Wahlexceß: Am 14. d. M. wurden in Németi ungefähr 60 Wähler aus Devise und Béth, nachdem sie sich Vormittag für den Candidaten Emerich Semperg hatten einschreiben lassen, Mittags von den Parteiführern tractirt, worauf sie Nachmittags mit Stöcken, ja mit Pistolen bewaffnet, dreimal gegen die Amtswirklichkeiten der Conscriptions-Commission stürmten, um die Commissions-Mitglieder zu vertreiben und die Conscriptionsbogen in ihre Gewalt zu bekommen. Nur der Mäzigung der Commissions-Mitglieder und der Geistesgegenwart des zufällig anwesenden Sicherheitscommisarius, vielleicht auch dem bis an Bewußtlosigkeit gränzenden Zustand der Betreffenden ist es zu verdanken, daß außer einigen blutigen Schlägen kein größeres Unglück geschah. Der Sicherheitscommisarius deckte mit seinem Körper den Eingang der Conscriptionswirklichkeit gegen die Masse der Ansturmenden und machte aus Humanität gegen die betrunke Menge von seinem Säbel keinen Gebrauch. In Folge dieses Vorfalls sind mehrere Arresturen vorgekommen und sind die gesetzlichen Untersuchungen im Zuge.

Dieser Tage erhielt der Buchhändler Rath in Pest die ungarische Ausgabe des Julius Cäsar befragt aus dem Cabinet des Kaisers Napoleon das Manuscript des zweiten Bandes zugesendet. — Dumas lebt in Wien wird dort am 30. d. im Redoutensaale seine erste Gau-serie abhalten.

Wie aus Mexico berichtet wird, hat dort am 18. October die österreichische Militärmusik einen Marsch von Rossini aufgeführt, welchen der berühmte Tondichter eigens für den Kaiser Marx componirt hat.

Deutschland.

Die "Beidler'sche Correspondenz" bringt nachstehende Notiz aus Berlin: "Die Aussicht auf eine kurze Session im Jänner nächsten Jahres begründet sich dadurch, daß im Jahre 1866 zwei Sessions stattfinden werden. Die Regierung kann recht wohl die erste Session, wenn sie zu leidenschaftlichen Demonstrationen gemischaucht werden sollte, schließen, da ja der nach den Neuwahlen zusammentretende Landtag noch Zeit genug haben wird, das Budget des Jahres 1866 zu debattiren."

Der "Allg. Blg." wird aus Posen geschrieben, daß die stimmberechtigten Mitglieder der beiden Metropolitancapitale von Posen und Gnesen in letzterer Stadt zum Zwecke der Erzbischöfswahl eine Zusammensetzung abgehalten haben, bei welcher 18 Prälaten versammelt waren. Graf Ledochowski erhielt 11 Stimmen; die übrigen 7 fielen auf den Domherrn Bientiewicz. Die Wahl Ledochowskis sei hiemit gesichert, da der Papst, so wie die preußische Regierung sich bereits für ihn ausgesprochen habe.

Aus Stuttgart, 17. d., berichtet die "Allg. Blg.": Die kgl. Familie ist durch das gestern Abends 5 Uhr in Winnenthal erfolgte Ableben des Grafen Alfred v. Neipperg, Gemals J. k. Hoheit der Prinzessin Marie von Württemberg, in Trauer verlegt worden, obwohl der Tod des Grafen als ein Glück für den Eintritt der Tagespresse in Oesterreich gegen die Masse der Ansturmenden und macht aus Humanität gegen die betrunke Menge von seinem Säbel keinen Gebrauch. In Folge dieses Vorfalls sind mehrere Arresturen vorgekommen und die übrigen 7 fielen auf den Domherrn Bientiewicz. Die Wahl Ledochowskis sei hiemit gesichert, da der Papst, so wie die preußische Regierung sich bereits für ihn ausgesprochen habe.

Aus Stuttgart, 17. d., berichtet die "Allg. Blg.": Die kgl. Familie ist durch das gestern Abends 5 Uhr in Winnenthal erfolgte Ableben des Grafen Alfred v. Neipperg, Gemals J. k. Hoheit der Prinzessin Marie von Württemberg, in Trauer verlegt worden, obwohl der Tod des Grafen als ein Glück für den Eintritt der Tagespresse in Oesterreich gegen die Masse der Ansturmenden und macht aus Humanität gegen die betrunke Menge von seinem Säbel keinen Gebrauch. In Folge dieses Vorfalls sind mehrere Arresturen vorgekommen und die übrigen 7 fielen auf den Domherrn Bientiewicz. Die Wahl Ledochowskis sei hiemit gesichert, da der Papst, so wie die preußische Regierung sich bereits für ihn ausgesprochen habe.

Man schreibt aus Leipzig, 19. November: Heute wird, wie vor Jahresfrist, im hiesigen "Tagesblatte" die Begehung des 400. Jahrestages der Unterzeichnung des kaiserlichen Meßprivilegiums für die Stadt Leipzig in Anregung gebracht. Sind wir recht unterrichtet, so geht diese Anregung vom Staatsrath Dr. von Kruj aus, einem hier privativen Lehrt der Dorpater Hochschule, dem wir einen "biographisch-historischen Kalender" zu verdanken haben. Kaiser Friedrich III. ertheilte der Stadt Leipzig jenes Privilegium unter dem Datum des Mittwoch nach Paul's Bekehrung 1466; also hätten wir nächst den 29. Jänner den Jahrestag der Unterzeichnung, von welcher die Erhebung Leipzigs zum Mittelpunkte des mitteleuropäischen Handels sich herschreibt. Staatsrath v. Kruj schlägt vor, lieber die Zeit der Ostermesse zur Feier des wichtigen Jubeltages zu wählen und das Publicum wird darin nur beispielten.

Amtsblatt.

Kundmachung. (1201. 1-3)

Erkenntnis.

Das k. k. Landes- als Preßgericht in Lemberg hat mit dem Erkenntnisse vom 23. August d. J. 12073, über eine zur Erinnerung an den letzten polnischen Aufstand geprägte Denkmünze, welche auf einer Seite mit der Aufschrift: "Równość — wolność — niepodległość" versehen ist, und zwei Figuren, einen Sensenmann und einen polnischen Edelmann in Nationaltracht, sich die Hände reichend, auf der anderen Seite das polnische Wappen mit der Umschrift: "na pamiątkę powstania Polski w roku 1863" zeigt, wegen des nachgewiesenen Thatbestandes des § 65 lit. a. St. G. bezeichneten Verbrechens das Verbot der Weiterverbreitung ausgesprochen.

3. 32311. Kundmachung. (1200. 1-3)

Der Kinderpestausbruch zu Werbisz im Komarnoer Bezirke des ehemaligen Samborer Kreises wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Bon der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 21. November 1865

3. 186. Kundmachung. (1194. 2-3)

Wegen Verpachtung des Maut-Einkommens von der Wegmaut-Station in Chelmek im Zuge der preußisch-schlesischen Landesstrasse mit dem Tariffaxe für 2 Meilen, dann von der Wegmaut-Station in Koćmierzów (Baran) im Zuge der Proszowicer-Baraner Landesstrasse ebenfalls mit dem Tariffaxe für 2 Meilen, auf die Zeit vom 1. Jänner bis Ende Dezember 1866, wird am 7. Dezember 1865 beim Mogila'er k. k. Bezirksamt in Krakau eine Offert-Verhandlung gepflogen werden.

Der Fiskalpreis beträgt: für die Mautstation Chelmek 800 fl. und die Mautstation Koćmierzów 1300 fl.

Unternehmungslustige werden daher aufgefordert, ihre gehörig verfaßten, mit der Stempelmarke von 50 kr. versehenden und dem 10% Badium belegten, von Außen mit der Firma oder dem Namen des Unternehmers bezeichneten Offerten bis zum Prälusstermine, das ist bis zum 7. Dezember 1865, längstens bis 4 Uhr Nachmittag bei der genannten Behörde einzubringen.

Die Versteigerungsbedingungen können jederzeit erscheinen werden.

Bon k. k. Kreisvorstande.

Krakau, am 18. November 1865.

3. 3089. Edict. (1195. 2-3)

Vom k. k. Untersuchungsgerichte in Jasło wird hiermit bekannt gemacht, daß sich bei demselben nachstehende Gegenstände in Aufbewahrung befinden, welche aus einem Diebstahl herrühren:

1. Eine Brieftasche und eine Klammer zum Gürtel.
2. Fünf goldene Ringe, darunter einige mit Steinen, einer mit kleinen Brillanten ausgelegt.
3. Eine goldene Brosche.

Die Eigentümer dieser Gegenstände, so wie jene, welche sonst Ansprüche auf diese Gegenstände haben, werden demnach aufgefordert; sich binnen Jahresfrist vom Tage der dritten Einschaltung dieses Edictes in die Krakauer Zeitung so gewiß bei dem h. o. Untersuchungsgerichte zu melden, und ihr Recht auf die Sachen nachzuweisen, widersagens die beschriebenen Sachen veräußert, und der Kaufpreis aufbehalten werden würde.

Jasło, am 19. November 1865.

L. 2648. Obwieszczenie. (1196. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Kolbuszowej zawiadamia niniejszym niewiadomą z pobytu Maryanne Dziewił, aby się do spadku po s. p. Grzegorzu Torbre z Biadego w przeciagu roku oswiadczyła, gdyż inaczej pertraktacyja spadku z ustanowionym kuratorem Tomaszem Barszczowskim załatwiona zostanie.

Z c. k. Sądu powiatowego.

Kolbuszowa, 10 listopada 1865.

Nr. 4153. Concurs-Ausschreibung (1197. 2-3)

Zur Besetzung des Kreis-Rabbinerspostens in Wiśnicz mit dem jährlichen Gehalte von 300 fl. ö. W. wird hiermit der Concurs ausgeschrieben. Die Bewerber um diesen Posten haben ihre gehörig abjustierten Gesuche innerhalb der Frist von sechs Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieses Concurses in das Amtsblatt der Krakauer Zeitung gerechnet, beim k. k. Bezirksamt in Wiśnicz zu überreichen.

k. k. Bezirksamt.
Wiśnicz, 10. November 1865.

3. 4360. Edict. (1192. 2-3)

Vom k. k. Bezirksgerichte Biala wird fundgemacht, daß zur Befriedigung der dem Herrn Georg Bielowski zuerkannten Forderung pr. 1000 fl. C. M. oder 1050 fl. ö. W. sammt 5% Zinsen seit dem 19. November 1862, Gerichtskosten pr. 18 fl. 12 kr. ö. W., Executionskosten pr. 7 fl. 27 kr. ö. W. und der gegenwärtigen Executionskosten pr. 19 fl. 96 kr. ö. W. die executive Feilbietung der dem Joseph und Anna Witecy, resp. der Fr. Anna Witecy und den erbserklärt Erben nach Joseph Witecy laut Grundbuch

Biala T. II, fol. 315, n. haer. gehörigen, der obigen Forderung wie Grundbuch Tom. III, n. 42 on. zum Pfande dienenden Realität Nr. 245 alt, 289 neu, in Biala bewilligt und dieselbe hiergerichts in drei Terminen, d. i. am 1. Februar 1866, am 1. März 1866 und am 6. April 1866, jedesmal um 9 Uhr Vorm. unter nachfolgenden Bedingungen abgehalten werden wird:

Den Ausrußpreis dieser Realität bildet der gerichtliche SchätzungsWerth im Betrage pr. 4358 fl. 73 kr. ö. W., unter welchem diese Realität an obigen drei Terminen nicht wird veräußert werden.

Als Badium hat jeder Licitant 10% des Ausrußpreises im Betrage pr. 436 fl. ö. W. im Varen, in öffentlichen k. k. Staatschuldverschreibungen, oder in den Pfandbriefen der galizisch-ständischen Creditsanstalt sammt Coupons und Talons nach dem, aus der letzten, zum Termine beizubringenden Krakauer Zeitung ersichtlichen letzten Wieder Course vor der Feilbietung zu Handen der Feilbietungscommission zu erlegen.

Zur Aufnahme erleichterter Bedingungen, falls diese Realität an obigen Terminen um, oder über dem SchätzungsWerthe nicht an Mann gebracht werden würde, wird die Tagfahrt auf den 6. April um 11 Uhr Vorm. anberaumt, bei welchem die Grundbuchsäuberger so gemisser zu erscheinen haben, wierog sie als dem Beschlüsse der Mehrheit der Erschienenen beigetreten, angesehen werden würden.

Für die feilgebotene Realität wird keinerlei Eviction geleistet.

Der Schätzungsact, Grundbuchsatz können bei Gericht, der Ausweis der Steuern beim k. k. Steueramte in Biala eingesehen werden.

Hievon werden die bekannten Gläubiger zu eigenen Händen, die unbekannten, dann diejenigen, welche erst nach dem 25. April 1865 an die Gewähr der obigen Realität gelangen sollten, oder denen der gegenwärtige Feilbietungsbescheid rechtzeitig nicht zugestellt werden könnte, zu Handen des für dieselben bestellten Curators Hrn. Adv. Dr. Eisenberg und durch das Edict verständigt.

Biala, am 11. October 1865.

3. 226. Edict. (1193. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte in Mielec wird dem Ferdinand Milli bekannt gegeben, es habe Katharina Jossy verehelichte Neiss wider ihn und Maria Eva 2 N. Milli wegen Zahlung eines Erbtheils pr. 528 fl. ö. W. offerten bis zum Prälusstermine, das ist bis zum 7. Dezember 1865, längstens bis 4 Uhr Nachmittag bei der genannten Behörde einzubringen.

Die Versteigerungsbedingungen können jederzeit erscheinen werden.

Bon k. k. Kreisvorstande.

Krakau, am 18. November 1865.

L. 1244. Edikt. (1190. 2-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd czyni wiadomo, iż na zaspokojenie należycieci 190 zł. 1½ kr. a. w. wraz z prowizją zwłoki, a to od kapitału 105 zł. od 9 czerwca 1857, a od kapitału 85 zł. 1½ kr. a. w. od 24 czerwca 1860 po 6% bieżącemi, tudzież kosztów sądowych w kwocie 1 zł. 50 kr., kosztów egzekucyjnych 2 zł. 67 kr. i 2 zł. 22 kr. a. w. przez Izraela Israela wywalczych, dopuszcza się sprzedaż przez publiczną licytację realności pod nr. 188 we wsi Andrychowie, sukcesorów małoletnich po Franciszku Kołku wlasnej, w terminie na dniu 20 grudnia 1865, 17 stycznia i 7 lutego 1866 o godzinie 10 zrana nastąpi. Cena szacunkowa wynosi 420 zł. a 10% wadyum von 50 fl. zu versehen.

Mielec, den 16. März 1865.

L. 75. Edikt. (1191. 2-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd w Żywcu zawiadamia się Wojciecha Roskosza i spadkobierców jego z miejsca pobytu niewiadomych niniejszym edyktem, że przeciw nim Agata Rybarska na dniu 11 stycznia 1865 l. 75 o wymazanie z stanu biernego realności pod nr. 105 w Żywcu kwoty 310 zł. 24 kr. m. k. wniosła skargę i prosiła o pomoc sądową, względem czego termin do rozprawy ustnej na dzień 10 stycznia 1866 o godzinie 9 rano wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu tak pozwanego jakotę jego spadkobierców Sądowi tutejszemu nie jest wiadome, przeto c. k. powiatowy Sąd w Żywcu dla zastąpienia pozwanych na ich niebezpieczenstwo i koszt tutejszego c. k. notaryusza p. Dra. Bernarda Nechiego jako ku-

z. 22 2 328°/80 + 2°/8 66 Ost-Nord-Ost still

10 28 51 - 1,2 100 Süd-Süd-West still

23 6 27 31 + 0,4 91 Süd-Ost still

ratora ustanowił, z którym wniesiona sprawa prawna wedlug przepisanej dla Galicyi procedury sądowej będzie pertraktowana.

Tym edyktom przypomina się pozwanym, aby w należytym czasie albo sami przybyli, albo potrzebne dokumenta ustanowionemu zastępcy udzieli, lub innego rzecznika wybrali i temu Sądowi oznajmili, w ogóle przedsięwzięli służące do obrony przepisane środki prawne, gdyż powstałe z zaniedbania skutki sami sobie przypisza.

Zywiec, dnia 10 czerwca 1865.

3. 21878. Edikt. (1185. 2-3)

Vom k. k. Landesgerichte wird über das Vermögen des Bräuemeisters Joseph Weinmann und zwar über das gesammte, wo immer befindliche bewegliche und über das in den Kronländern, für welche die Jurisdicition norm vom 20. November 1852 Nr. 251 R. G. Bl. Wirksamkeit hat, befindliche unbewegliche Vermögen der Concurs eröffnet, und hievon die Gläubiger des Gridatars mittel Edictes mit dem verständigt, daß sie ihre auf was immer für Recht sich gründenden Ansprüche bis zum 20. Februar 1866 hiergerichts wider Hrn. Dr. Zucker als Concurs-massavertreter anzumelden haben, widrigfalls sie von dem vorhandenen und etwa zuwachsenden Vermögen, soweit solches die in der Zwischenzeit sich anmeldenden Gläubiger erreichbar, ungehindert des auf ein in der Masse befindliches Gut habenden Eigenthums oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensationrechtes abgewiesen sein, und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegenjetigen Schulden in die Masse angehalten werden würden.

Krakau, 19. November 1865.

L. 5478. Edikt. (1187. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie Jana Mietę Mikolajewicza, z miejsca pobytu niewiadomego uwiadomi, że wskutek prośby Majera Wohl z dnia 18 czerwca 1863 l. 5465 uchwałą z dnia 17 lipca 1863 c. k. Urzędu poborowemu oraz depozyciowi sądowemu polecono, ażeby w ksiedzie depozytowej głównej przy obligacyi indemnizacyjnej lit. A, nr. 1564 na 210 zł. m. k. na dobra Zarzeczkowice opiewającą, na rzecz oktawy poddanicznej winkulowanej, dnia 12 października 1857 do art. 358 w depozycie tutejszo-sądowym złożonej, zanotował: że Tekla z Skarzyńskich Mietę Mikolajewicz, jako była właścicielka dóbr Zarzeczkowice

prawo do wynagrodzenia urbanylnego mająca, cesę z 2 czerwca 1863 tą obligacyę, a właściwie sumę

200 zł. m. k. z procentami od 1 maja 1856 bieżącemi Janowi Mietę Mikolajewiczu, a tenże znów cesę z 3 czerwca 1863 Majerowi Wahlowi we własność odstapili.

Do odebrania uchwały téj, jakotę dalszych uchwał w sprawie téj, ustanawia się dla Jana Mietę Mikolajewicza kuratora w osobie p. Dra. Rybickiego w Rzeszowie z zastępstwem p. Dra. Reinera w Rzeszowie.

Rzeszów, dnia 28 września 1865.

R. 4035. Kundmachung. (1186. 3)

Vom k. k. Bezirksamt Przeworsk wird allgemein fundgemäß, daß die Verhandlung wegen Bekämpfung der hieramtlichen Inquisitio und Arrestanten im J. 1866 am 27. November d. J. und im Falle des Mißlingens die zweite am 30. November, die dritte am 4. Dezember l. J. jedesmal um 9 Uhr Vormittags in der hierortigen Amtsanstalt vorgenommen werden wird.

Der durchschnittliche tägliche Bedarf wird auf 15 Speisportionen und eben so viel Brodportionen berechnet.

Der Fiskalpreis für eine Speisportion fällt Brod wird auf 16 kr. ö. W. angenommen.

Die näheren Licitationsbedingnisse können auch vor dem Licitationsstermine hieramt eingesehen werden.

Schließlich wird bemerk't, daß für den Fall, als keine Licitationslustige erscheinen sollten, am 3. Termine auch eine Accordverhandlung vorgenommen werden wird.

Die Licitationslustigen werden demnach vorgeladen, an obigen Terminen zu erscheinen und sich mit einem Badium von 50 fl. zu versehen.

Przeworsk, am 9. November 1865.

Nr. 18657. Kundmachung. (1198. 1)

Zur Wiederbesetzung der erledigten Tabak-Großstraf in Bochnia wird am 12. Dezember 1865 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Bochnia die Concurrenzverhandlung abgehalten werden.

Die schriftlichen mit der Stempelmarke von 50 kr. versehenden, und mit der Nachweisung der erlangten Großjährigkeit, dem Sitten- und Vermögenszeugnisse, endlich mit dem Badium von 100 fl. oder der Erlagsquititung der Bochniaer k. k. Sammlungscassa über dasselbe belegten Offerte sind bis einschließlich 11 Dezember d. J. 11 Uhr Vormittags bei der genannten Finanz-Bezirks-Direction einzubringen.

Der Verkehr der Großstraf betrug in der Jahresperiode vom 1. November 1864 bis letzten October 1865 an Tabak 52324 Pf. im Werthe von 43101 fl. 98 kr.

an Stempelmarken minderer Classe im Wert

the von 8444 fl. 26 kr.

zusammen 51546 fl. 24 kr.

Die näheren Bedingnisse, sowie der Erträgnisausweis können bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Bochnia sowie bei der Hilfsämter-Direction der Finanz-Landes-Direction in Krakau eingesehen werden.

Krakau, am 11. November 1865.

N. 12426. Concurs. (1199. 1-3)

Postexpedientenstelle bei den neu zu errichtenden Postexpeditionen in Welszirz und Źolynia.

Beide Postexpeditionen werden sich mit dem Briefpostdienste und mit der postamtlichen Behandlung von Wertpapiere befassen, und wird die Postexpedition in Welszirz ihre Postverbindung mittelst täglicher Fußbotenposten mit dem Postamte Dolina, die Postexpedition Źolynia aber mittelst der bestehenden täglichen Botenfahrten Leżajsk-Lancut erhalten.

Bezüge des Postexpedienten in Welszirz Einhundert dreißig Gulden Bestallung, zwanzig Gulden Amtspauschale und Einhundert fünfzig Gulden Botenpauschale jährlich für Unterhaltung täglicher Fußbotenposten nach Dolina et retour.